

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
 Vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.  
 Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Abnahme von Anzeigen Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.  
 Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten  
 Deutschlands: A. Hoffe, Danzowitz & Bogler, G. L. Danne,  
 Invalidentenbank, Berlin, Bern, Brüssel, Wien, Frankfurt,  
 Gießen, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Nürnberg,  
 Osnabrück, Paderborn, Regensburg, Stuttgart, Tübingen,  
 Ulm, Weiden, Wiesbaden, Zwickau.  
 In Österreich: J. B. Metzger, Wien.  
 In Belgien: J. B. Metzger, Brüssel.  
 In Dänemark: J. B. Metzger, Kopenhagen.  
 In Frankreich: J. B. Metzger, Paris.  
 In Holland: J. B. Metzger, Amsterdam.  
 In Italien: J. B. Metzger, Rom.  
 In Spanien: J. B. Metzger, Madrid.  
 In Schweden: J. B. Metzger, Stockholm.  
 In der Schweiz: J. B. Metzger, Bern.  
 In Portugal: J. B. Metzger, Lissabon.  
 In Griechenland: J. B. Metzger, Athen.  
 In Rumänien: J. B. Metzger, Bukarest.  
 In Serbien: J. B. Metzger, Belgrad.  
 In Bulgarien: J. B. Metzger, Sofia.  
 In Montenegro: J. B. Metzger, Cetina.  
 In Albanien: J. B. Metzger, Tirana.  
 In Syrien: J. B. Metzger, Beirut.  
 In Libanon: J. B. Metzger, Beirut.  
 In Persien: J. B. Metzger, Teheran.  
 In Indien: J. B. Metzger, Calcutta.  
 In Ceylon: J. B. Metzger, Colombo.  
 In Japan: J. B. Metzger, Yokohama.  
 In China: J. B. Metzger, Shanghai.  
 In Korea: J. B. Metzger, Seoul.  
 In Siam: J. B. Metzger, Bangkok.  
 In暹羅: J. B. Metzger, Bangkok.  
 In Annam: J. B. Metzger, Hanoi.  
 In Cochinchina: J. B. Metzger, Saigon.  
 In Tonkin: J. B. Metzger, Hanoi.  
 In Laos: J. B. Metzger, Vientiane.  
 In Kambodscha: J. B. Metzger, Phnom Penh.  
 In Vietnam: J. B. Metzger, Hanoi.  
 In Thailand: J. B. Metzger, Bangkok.  
 In Burma: J. B. Metzger, Rangoon.  
 In Siam: J. B. Metzger, Bangkok.  
 In Laos: J. B. Metzger, Vientiane.  
 In Kambodscha: J. B. Metzger, Phnom Penh.  
 In Vietnam: J. B. Metzger, Hanoi.  
 In Thailand: J. B. Metzger, Bangkok.  
 In Burma: J. B. Metzger, Rangoon.

### Deutscher Reichstag. 152. Plenarsitzung vom 14. Januar, 1 Uhr.

Die Beratung des Etats des Reichsamts  
 des Innern, Gehaltstitel Staatssekretär, wird  
 fortgesetzt.

Abg. Reichhaus (Soz.) spricht dem  
 Abg. Heyl von Vernheim in Bezug auf dessen  
 Schilderungen von den Verhältnissen in der  
 Konfektionsindustrie bei. Nicht weniger un-  
 günstig wie die Lage der Arbeiterinnen in dieser  
 Branche sei auch die der männlichen Arbeiter,  
 insoweit sie nicht Zwischenmeister seien. Männ-  
 liche wie weibliche Arbeiter in dieser Industrie  
 führten ein wahres Elendleben bei Hunger-  
 löhnen. Und zwar bestünde in dieser Beziehung  
 keinerlei Unterschied zwischen Herren-  
 und Damenkonfektion. Der Streit im Vorjahre  
 habe einen Nutzen höchstens insofern gebracht,  
 als er für den Augenblick ein noch weiteres  
 Herabdrücken der Löhne verhindert habe. Auch  
 aus sanitären Rücksichten bedürfe es eines Ein-  
 greifens des Staates, einer Kontrolle der Wer-  
 stätten, namentlich wegen der nicht selten von  
 ihnen ausgehenden Verbreitung von Infektions-  
 krankheiten, so Antrags. Besonders bedenklich  
 sei in dieser Hinsicht die Seimarbeit. In Eng-  
 land mache der Staat bei keinem Arbeitgeber  
 Befestigungen, der Arbeit in die Wohnungen mit-  
 gebe und sich nicht verpflichtet, nur in seinen  
 Werkstätten arbeiten zu lassen. Reiche denn der  
 Einfluss des Herrn von Vernheim, der gestern  
 wieder so viel Wohlwollendes gezeigt habe, nicht  
 so weit, um dafür zu sorgen, dass der Staat  
 bei uns in Deutschland ebenso vorgehe? Mit-  
 schuldig an den Verhältnissen in der Branche  
 sei die ungeliebte Konkurrenz. Habe doch ein  
 Kloster „Zum guten Hirten“ in Wilmannsberg  
 einen Laden, in dem es im Kloster verfertigte  
 Waare verkaufen lasse. Er mache hierauf be-  
 sonders Herrn Heyl vom Zentrum aufmerksam.  
 Einer ganz besonderen Untersuchung von  
 Reichswegen bedürfe das Arbeiten der Kinder  
 in der Hausindustrie, und zwar von Kindern bis  
 zu 5 Jahren hinab.

Abg. Werner (Antif.) spricht dem Staate  
 als dem größten Arbeitgeber in erster Linie die  
 Verpflichtung zu, seine Arbeiter im Lohn aus-  
 reichend zu stellen. Vieles von dem, was die  
 sozialdemokratischen Redner über die Frauen-  
 und Kinderarbeit auszusagen hätten, sei durchaus  
 gültig. Beschneiden solle man vor allem die  
 Konkurrenz der Judäusarbeit. Redner kommt  
 sodann auf die Bette zu sprechen. Die Inter-  
 sumenten seien eben dabei, das Reformgesetz  
 zu umgehen. Wie sei die Regierung gesonnen,  
 diesem Umfing ein Ende zu machen?

Abg. Schönlank (Zd.) kommt wieder  
 auf die Konsequenz Beeinträchtigung des  
 Koalitionsrechts der Arbeiter in Sachsen zurück.  
 Dort könne ein Abgeordneter, Hoffmann, nicht  
 einmal seinen Wählern Bericht über seine  
 Thätigkeit im Reichstage erstatten. Ein Gesangs-  
 verein „Große Sänger“ sei aufgelöst, weil man  
 in seinen Akten eine Nummer des Witzblattes  
 „Der wahre Jakob“ gefunden habe, in der der  
 Geburtstag von Marx durch ein Gedicht ge-  
 feiert worden sei. Redner erwähnt dabei, in  
 welcher Weise die antijüdische „Leipziger Zeitung“  
 sich durch Aufnahme bezahlter Artikel eines  
 Polizeiraths Müller dazu herbeigehe, ehrliche  
 Arbeiter in gemeinlicher Weise zu beschimpfen.  
 In dem ganzen Vorgehen der sächsischen Ver-  
 waltungen gegen die Sozialdemokraten liege  
 System. Erlaube sich doch der sächsische Justiz-  
 minister nach eigenem Gefallen „außeramtlich“  
 vertrauliche Rücksprachen mit den Richtern.  
 Nach Ansicht des Herrn von Bötticher sei ja  
 freilich auch die Massenjustiz „außeramtlich“.

Abg. Graf Stolberg führt das große  
 Elend der Industrie-Arbeiter in den Städten  
 hauptsächlich zurück auf den übermäßigen Zugang  
 der Arbeiter vom platten Lande nach den Städten.  
 Hiergegen sollten die Sozialdemokraten ihren Ein-  
 fluss geltend machen.

Schönlank (Zd.) erwidert dem  
 Abg. Schönlank, die von demselben angeführten  
 Fälle seien ihm nicht bekannt, er werde später  
 darauf zurückkommen.

Abg. Molkenbühr (Soz.) erhebt Be-  
 schwerde darüber, dass bei dem gegenwärtigen  
 Ausstände in Hamburg die Unternehmer die von  
 ihnen herangeholten Streikbrecher nicht nur im  
 Zollauslandshafen angelassen hätten, sondern  
 auch daselbst mit vollstetigen Nahrungsmitteln ver-  
 sorgten. Das sei unbedingt unzulässig und es  
 liege darin eine nicht zu rechtfertigende Unter-  
 stützung der Arbeiter, wenn ihnen ein solches ver-  
 tragswidriges Verhalten eine Zeit lang von den  
 Hamburger Behörden erlaubt worden sei. Weiter-  
 dings seien ja nun die Unternehmer gezwungen  
 worden, die Verköstigung der Arbeiter nur mit  
 bezahlter Waare erfolgen zu lassen, aber eine  
 Nachvergütung der bis dahin verbrauchten Waare  
 sei unterlassen? Wie sei das mit den Bestim-  
 mungen des Zollanschlussvertrages vereinbar. Es  
 sei das Vertragsbruch, und dieser habe nur den  
 Zweck gehabt, die Arbeiter bei ihrer Lohnkürze-  
 rung zu unterstützen.

Schönlank (Zd.) Graf von Bötticher erklärt  
 zunächst in Bezug auf das Wohnen der betr.  
 Arbeiter im Freihausbereich: das Wohnen in den  
 Gebäuden bezw. Schuppen des Freihausbereichs  
 habe der Hamburger Senat verboten. Wegen  
 dem Wasser, habe dagegen der Senat Einspruch  
 nicht erhoben, ebenso wenig der Reichskommissar.  
 Und dieses Wohnen auf dem Wasser sei auch,  
 entgegen der Annahme des Vorredners, durch  
 den Zollanschlussvertrag nicht untersagt. Die  
 Bestimmungen desselben hätten doch überhaupt  
 nur den Zweck der Zollfreiheit. Und diese sei  
 gerade dann eine größere, wenn die aus dem  
 Inlande herangezogenen Arbeiter nicht zwischen  
 Zollinland und Zollausland hin und her ver-  
 kehren, sondern wenn ihr ganzer Verbleib sich  
 innerhalb des Freihausbereichs bewege. Hiernach  
 seien die Vorwürfe des Vorredners gegen den  
 Senat unbegründet. Es handle sich hier um ein  
 vorübergehendes Wohnen der Leute auf dem  
 Wasser; würde es sich um einen dauernden Zu-  
 stand handeln, dann würde natürlich der Zoll-  
 anchlussvertrag einer Ergänzung bedürfen.

Staatssekretär v. Bötticher führt noch  
 aus, ebenso wenig wie aufnehmend Molkenbühr,  
 ebenso wenig wolle er selbst näher auf den Ham-  
 burger Streit eingehen. Er wolle nur fest-  
 stellen, dass die Dividenden der Hamburger Aktien

berei von 1886—95 nur 23 Millionen Mark be-  
 tragen hätten und abzüglich der zwischenzeitlich er-  
 stellten Betriebsverluste reduziere sich diese Summe  
 sogar auf nur 14 1/2 Millionen. Das mache auf  
 561 Millionen Kapital nur 2,53 Prozent. Dazu  
 komme, dass seit den glücklichen Jahren 1889  
 und 1890 eine dauernde erhebliche Abwärtsbe-  
 wegung in den Erträgen eingetreten sei. Das  
 sollten die Streikenden bedenken. Er sei  
 wieder ein Aufschwung der Arbeiter ein, so  
 würden auch die Steuern wieder steigen. Redner  
 spricht dann noch die Hoffnung aus, dass der  
 Frieden zwischen den Arbeitern und den Ausfüh-  
 rern nicht mehr lange auf sich warten lassen  
 werde. Die Seelen hätten sich ja auch bereits  
 von den Streitenden getrennt.

Abg. Hüpenen wendet sich nochmals  
 gegen den Abgeordneten von Stumm, sowie  
 ferner gegen die Sozialdemokraten, dabei  
 namentlich deren Stellungnahme zur  
 Religion kritisch. Gegenüber Stumm tritt  
 Redner besonders für die Arbeiter-Organisationen  
 ein. Aus der Welt schaffen könne man diese  
 doch nicht. Frage sei also doch nur, ob man  
 dieselben den Sozialdemokraten zutreiben solle  
 oder ob man das Organisationsbedürfnis der  
 Arbeiter anderweitig zu befriedigen vorgehe. Er  
 selbst sei von Stumm den Sozialdemokraten zu-  
 gewiesen worden, den Arbeitern der Hölle.  
 (Heiterkeit.) Aber mit dem bloßen Dreinschlagen  
 mit dem Hammer (Heiterkeit) könne man  
 niemandem moralisch todt machen. Die Stumm-  
 schen maßlosen Beschuldigungen würden durch  
 dessen Uebertreibungen, Superlative, nur ent-  
 werthet.

Abg. von Stumm stellt abermals in Ab-  
 rede, dass er die Arbeiter-Organisationen, die er  
 allerdings nicht wünsche, auch zugleich verwünsche.  
 Nach den gestrigen und heutigen Ausführungen  
 Hüpenens könne er denselben nicht mehr ernst  
 nehmen.

Abg. Brühne (Soz.) bemängelt die Unter-  
 stützungswohnungs-Verhältnisse in Elsaß-Lothringen  
 und den anderen süddeutschen Staaten und  
 wünscht Ausdehnung des betreffenden deutschen  
 Gesetzes auf jene Staaten.

Staatssekretär von Bötticher kann eine  
 dahingehende Vorlage hinsichtlich Elsaß-Lothrin-  
 gens nicht in Aussicht stellen. Die Elsaß-Lothrin-  
 gische Regierung habe übrigens beifolgende Abtheilung  
 einzelner Mißstände neuerdings einen Vertrag  
 mit Baden abgeschlossen und andere solche  
 Spezialverträge in Aussicht genommen.

Baierischer Bevollmächtigter von Per-  
 mann lehnt das Verlangen Brühne's bezüglich  
 der anderen süddeutschen Staaten ab unter Hin-  
 weis auf deren Referatsrechte.

Auch die Abg. Dörfel als Entfasser und  
 Bach als Vater widersprechen dem Wunsch  
 Brühne's, ebenso dessen Fraktionsgenosse Gril-  
 lenberger (ebenfalls Vater).  
 Abg. Hise (Ztr.) tritt dem Vorwurf Reichs-  
 haus' entgegen, dass katholische Schwärmer den  
 Konfessionsarbeiterinnen Konkurrenz machten.  
 Das Schwärmen als solche des Hais, davon  
 sei ihm absolut nichts bekannt. Das die  
 Schwärmer, die zu ihrer Lebensaufgabe die Für-  
 sorge für Arme und Kranke und für die Opfer  
 stiftlicher Verpflegung gemacht haben, diese letzteren  
 in ihren Häusern auch mit Konfessionsarbeit  
 beschäftigten, darin werde doch auch Reichshaus  
 nichts finden.

Nachdem noch v. Kardorff erklärt, das  
 baierische Heimathrecht dem Unterstü-  
 tungswohnungs-Gesetz vorzuziehen, wird endlich Titel  
 Gehalt des Staatssekretärs genehmigt.

Bei einem weiteren Titel erklärt auf eine  
 Anfrage

Staatssekretär v. Bötticher, ob der  
 Fischerei-Vertrag mit Holland zu erneuern bezw.  
 wie er etwa abzuändern sei, darüber schwebten  
 noch die Verhandlungen, zunächst mit der preus-  
 sischen Regierung. Einer Verneinung des  
 Abheins entgegenzutreten, sei Landesfahse. Weiter  
 erklärt der Staatssekretär, der Entwurf betreffend  
 Revision des Alters- und Invaliditäts-Gesetzes  
 sei fertiggestellt und jetzt im Ausgange des  
 Bundesraths, der sich in etwa 14 Tagen im  
 Plenum damit beschäftigen werde. Ein Entwurf,  
 bezw. Modelle zur Seemannsordnung sei von  
 der technischen Deputation fertiggestellt und den  
 interessierten Staaten zugegangen. Wann er  
 den Reichstag komme, lasse sich noch nicht sagen,  
 jedenfalls werde die Sache mit Dampf betrieben  
 werden.

Bei den Seemännern bemängelt

Abg. Jochen, dass bei uns in Deutsch-  
 land die Entschädigung des Schifferpatents stets  
 eine solche für immer sei. In England werde  
 das Patent auf Zeit aberkannt je nach der  
 Schwere des Falles. Es empfehle sich, dieses  
 System auch bei uns einzuführen.

Beim Kapitel „Staatsliches Amt“ wider-  
 spricht

Staatssekretär Graf von Bötticher dem  
 Verlangen von Zeman, den Hilfsarbeitern  
 auch die Probezeit auf ihr Dienstalter anzu-  
 rechnen und sie — weil sie ohnehin bereits in  
 vorgerücktem Alter eintreten — nicht binnen 18  
 Jahren, sondern schon in 12 Jahren zum Ge-  
 haltmaximum aufrücken zu lassen. Thue man  
 dies, so würden sich die Beamten anderer  
 Ressorts zurückgesetzt glauben und ein ähnliches  
 Verlangen erheben.

Durch Anmerkungen des Abg. Werner  
 (Antif.) veranlaßt, führt ferner  
 Staatssekretär von Bötticher aus, keine  
 Beamtenklasse habe in letzter Zeit finanziell  
 eine solche Förderung erfahren, wie gerade die hier  
 in Frage stehende.

Nach kurzer weiterer Debatte wird dieses  
 Kapitel, sowie noch Kapitel „Normal-Wohnungs-  
 Kommission“ genehmigt.

Hierauf vertagt sich das Haus.  
 Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.  
 Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen  
 Beratung.

E. L. Berlin, 14. Januar.

### Preussischer Landtag.

#### Abgeordnetenhaus.

#### 18. Plenar-Sitzung vom 14. Januar, 11 Uhr.

Am Ministerisch: Miquel.

Das Amdenten des verstorbenen Abg.  
 Dahm (Abenau-Abweiser, Ztr.) wird vom  
 Hause in der üblichen Weise durch Erheben von  
 den Sitzen geehrt.

Die zweite Beratung des Schuldentilgungs-  
 Gesetzes wird mit § 1 (obligatorische Tilgung von  
 jährlich mindestens 1/2 Prozent der Staatsschuld)  
 fortgesetzt.

Finanzminister Dr. Miquel verteidigt  
 sich gegen eine geführte Bemerkung des Abg.  
 Broemel, dass unter seiner Leitung die allge-  
 meinen Staatsfinanzen die Eisenbahnüberschüsse  
 immer stärker herangezogen hätten. Zum ersten  
 Male werde ihm der Vorwurf gemacht, die  
 allgemeinen Staatsausgaben zu sehr gesteigert  
 zu haben, sonst werde ihm im Gegentheil der  
 Vorwurf zu großer Knappheit gemacht. Herr  
 Broemel vergesse, dass das Reich durch die Zoll-  
 ermäßigungen seine eigenen Einnahmen ver-  
 mindert und zugleich durch die Mittärbörse  
 seine Ausgaben um über 60 Millionen vermehrt  
 habe. Wie habe der auf Preußen entfallende  
 Ausfall anders gedeckt werden können, als durch  
 die Eisenbahnüberschüsse?

Abg. v. Strombeck (Ztr.) weist den  
 gegen das Zentrum vom Finanzminister er-  
 hobenen Vorwurf, einen großen Umschwung in  
 seinen finanzpolitischen Anschauungen vollzogen  
 zu haben, zurück. Die allgemeinen Grundzüge  
 seien für das Zentrum dieselben geblieben, wenn  
 auch natürlich Änderungen der Politik im  
 Einzelnen durch die Veränderungen der Finanz-  
 lage bedingt würden. Diese habe nun im Wesen  
 sich verschlechtert. Es bleibe bei größeren Be-  
 dürfnissen im Reich nichts übrig, als entweder  
 die Zölle und indirekten Steuern oder die  
 Materialumlagen zu erhöhen. Die Zölle und  
 indirekten Steuern aber drücken die ärmeren  
 Schichten des Volkes, ihre Erhöhung würde  
 nur der Sozialdemokratie nützen, und er könne  
 der Regierung nur bringen raten, bei ihren  
 Steuerforderungen sich stets zu fragen, wie sie  
 damit auf die Sozialdemokratie wirkte. Die  
 Materialumlagen seien den Finanzministern  
 unbenommen, aber gerade darum sei die Ansicht  
 auf ihre Erhöhung ein kräftiger Antrieb für sie,  
 zu großen Ausgabebeeinträchtigungen im Reich  
 Widerstand zu leisten. Die Befragung der  
 Einzelstaaten sei auch sozialpolitisch richtiger,  
 weil sie hier in Folge des direkten Steuer-  
 systems mehr die stärkeren Schichten treffe.  
 Weiter legt Redner nochmals die Stellung des  
 Zentrums zur Vorlage dar, bleibt dabei aber in  
 Folge der im Hause (besonders auf der Rechten,  
 wo die Unterhaltung sehr laut und lebhaft ge-  
 führt wird) herrschenden Unruhe unverändert.

Abg. Schmidt-Warburg (Ztr.) spricht  
 sich sowohl gegen die Regierungsvorlage wie  
 gegen die Kommissionsfassung, besonders aber gegen  
 letztere (1/2 Prozent) aus. Der Finanzminister  
 habe gegen diesen Satz ganz richtig geltend  
 gemacht, dass es sehr zweifelhaft sei, ob  
 man in den nächsten Jahren im Stande sein  
 werde, 1/2 Prozent zu tilgen. Das spreche freilich  
 auch gegen die Vorlage, denn ebensogut könne  
 es auch unmöglich sein, 1/2 Prozent zu tilgen.  
 Sedenfalls sei es ungewiss, wie die Kom-  
 mission dazu komme, es für 1897—98 mit seiner  
 künftigen Finanzlage bei 1/2 Prozent zu belassen,  
 für die späteren schlechten Jahre aber 1/2 Prozent  
 festzusetzen.

Abg. v. Gyuern (nl.) meint, durch die  
 Ausführungen des Abg. v. Strombeck seien die  
 Vorwürfe gegen das Zentrum nicht entkräftet.  
 Wenn Herr v. Strombeck sage, der Reichstag  
 könne die Zölle nicht erhöhen, weil dadurch die  
 Sozialdemokratie verkräftet würde, so treffe er  
 damit gerade das Zentrum, das ja für die Zölle  
 verantwortlich sei. (Rachen im Ztr.) Weiter  
 verbreitet sich Redner über die Fiskalität der  
 uninteressierten Eisenbahnpolitik.

Abg. Graf Limburg (L.) tritt für eine  
 Scheidung der einzelstaatlichen von den Reichs-  
 finanzen ein. Das jetzige System schädige die  
 Selbstständigkeit der Einzelstaaten, widerspreche  
 also dem früher vom Zentrum vertretenen  
 föderativen Prinzip.

Abg. Drömel (fr. Ba.) dessen Rede  
 wieder von der Unruhe auf der rechten Seite,  
 die nur während der Ausführungen des Vor-  
 redners andächtiger Stille geworden war, be-  
 gleitet wird, betont, dass auch Herr Miquel selbst  
 nicht leugnen könne, dass unter seiner Finanz-  
 verwaltung die Inanspruchnahme der Eisenbahn-  
 überschüsse zu allgemeinen Staatszwecken überaus  
 stark, nämlich auf mehr als das Doppelte, ge-  
 stiegen sei.

Finanzminister Dr. Miquel wiederholt  
 die Frage, wie der vom Reich verursachte Aus-  
 fall anders hätte gedeckt werden können, als  
 durch Inanspruchnahme der Eisenbahnüberschüsse.  
 Auch dadurch werde die Nothwendigkeit der von  
 ihm erstrebten Reichsfinanzreform bewiesen.  
 Unsere Eisenbahnen hielten übrigens den Ver-  
 gleich mit allen Eisenbahnen der Welt sehr gut  
 aus. (Rufe: Tarife!) Die Tarifreformen seien  
 bisher gehindert hauptsächlich an den wirt-  
 schaftlichen Gegenständen, nicht an finanziellen Be-  
 denken. Es sei ihm z. B. sehr zweifelhaft, ob  
 eine weitestgehende Ermäßigung der Personentarife  
 hier im Hause eine Mehrheit finden werde.

Nachdem noch Abg. Dr. v. Ammann (nl.)  
 die Kommissionsfassung empfohlen, wird dieselbe  
 angenommen; dafür die Rechte und die National-  
 liberalen.

§ 2 bleibt unverändert.

Nach § 3 der Kommissionsfassung sind die  
 Ueberschüsse der Jahresrechnungen im vollen Be-  
 trage zur weiteren Schuldentilgung (nach der  
 Regierungsvorlage zunächst zur Bildung und Er-  
 haltung eines Ausgabungsfonds in Höhe von 80  
 Millionen Mark) zu verwenden.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fr.) beantragt,  
 diese Ueberschüsse nur soweit zur weiteren  
 Schuldentilgung zu verwenden, als darüber nicht  
 durch den Staatshaushaltsetat zur Bildung oder  
 Ergänzung eines Dispositionsfonds für unvorher-  
 gesehene Ausgaben der Eisenbahnverwaltung bis  
 zur Höhe von 20 Millionen Mark verfügt ist.

Finanzminister Dr. Miquel bittet, diesen  
 überflüssigen Antrag (ein solcher Fonds besteht  
 schon) abzulehnen.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fr.) zweifelt,  
 ob sein Antrag wirklich so überflüssig sei. Wäre  
 das Haus aber allezeit dieser Ansicht, so würde  
 er seinen Antrag zurückziehen.

Abg. Richter bittet auch um Ablehnung  
 dieses Antrags, bekämpft aber auch die volle  
 Verwendung der Ueberschüsse zur Schuldentil-  
 gung. Was den Streit zwischen den National-  
 liberalen und dem Zentrum angehe, so seien  
 beide an der von ihnen befolgten Finanzpolitik  
 mitschuldig. Der Hauptfeind sei freilich  
 Fürst Bismarck, von dem ja diese ganze Politik

ausgegangen sei. Er müsse aber auch aner-  
 kennen, dass das Zentrum sich seit 1890 große  
 Verdienste erworben habe durch seine sparsame  
 Reichsfinanzpolitik und durch die Abwendung  
 neuer Steuern. Das Zentrum habe ebenso wenig  
 wie die Freikümmigen die Reg. Frankenstein als  
 unabänderlich an; aber man rühre nicht daran,  
 weil man nicht wisse, wie weit dann die Verbesse-  
 rung gehen würde, denn weder das Zentrum  
 noch die Freikümmigen wollten die in der Reg.  
 Frankenstein liegende Garantie für das Ein-  
 nahmebewilligungsrecht des Reichstags preis-  
 geben. Wenn von konservativer Seite es so dar-  
 gestellt wird, als wenn erst Herr Miquel Or-  
 dnung in die preussischen Finanzen gebracht hätte,  
 so liegt darin eine so schwere Anklage gegen die  
 Finanzpolitik des Fürsten Bismarck, dass ich  
 gegen diese übertriebene Anschuldigung doch den  
 Fürsten Bismarck gegen Sie (rechts) in Schutz  
 nehmen muss. (Heiterkeit.) Schon vor Herrn  
 Miquel ist sehr viel verborgenes Kapital für den  
 Staat angeammelt worden. Herr Miquel hat  
 dieses verborgene Kapital seinerseits um eine halbe  
 Milliarde vermehrt. Kommt der Tag, wo er die  
 1000. Million zurücklegt, so mag ihm Herr von  
 Zedlitz seinen Ministerstuhl befragen. (Große  
 Heiterkeit.)

Minister Dr. Miquel: Herr Richter ver-  
 steht es mit großer Geschicklichkeit und Darstel-  
 lungskraft, für nicht genügend unterrichtete  
 Hörer so überzeugend klingende finanzielle Dar-  
 legungen zu machen, von denen vielleicht er  
 selbst allein weiß, dass er demnach das Gegen-  
 theil beweisen wird. (Heiterkeit.) Herr Richter  
 sucht ja heute dies, morgen das Gegentheil zu  
 beweisen, wie es im Augenblicke gerade in seine  
 Politik passt. Mit Herrn Richter ist überhaupt  
 keine Reform zu machen, er lehnt einfach Alles  
 ab. Es ist wirklich schade: was könnte Herr  
 Richter mit seinen Talenten dem Staate nützen,  
 wenn er nicht diesen Platz einnähme und einmal  
 etwas Positives leistete. (Heiterkeit und Instim-  
 mung rechts.)

Abg. Dr. Frmer (konf.) erklärt nach  
 einer kurzen Polemik gegen den Abg. Richter,  
 dass seine Freunde den Antrag Zedlitz auch für  
 überflüssig halten, weil sie nach wie vor die  
 Einstellung von 20 Millionen zu dem betr.  
 Zwecke in den Etat für selbstverständlich erachten.  
 Abg. Richter (Ztr.) giebt für das Zentrum  
 dieselbe Erklärung ab und betont außerdem  
 gegenüber einer beifälligen Bemerkung des Abg.  
 Richter, dass die Finanzpolitik des Zentrums nie-  
 mals durch lichenpolitische Erwägungen beein-  
 flusst worden sei. (Geächter links.)

Abg. Dr. Sattler (natl.) erklärt, dass  
 auch die Nationalliberalen den Antrag Zedlitz  
 für überflüssig halten und verteidigt weiter den  
 § 3 und die Nationalliberalen gegen den Abg.  
 Richter.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fr.) zieht nun  
 mehr seinen Antrag zurück.

Nach einer Eingekung des Abg. Broemel  
 auf die Ausführungen des Finanzministers be-  
 merkt

Abg. Dr. Friedberg (nl.), dass er einen  
 anderen Standpunkt einnehme als sein Freund  
 Sattler. Den Grund, den nach Herrn Miquel  
 die Dialektik des Abg. Richter auf unbefangene  
 Hörer machen soll, habe ich auch bei der Rede  
 des Herrn Miquel gehabt. Es ist derselbe Ein-  
 druck, den König Friedrich Wilhelm I. einmal  
 von zwei Advokaten hatte: nach der Rede des  
 ersten sagte er: „Der Kerl hat Recht.“ (Heiter-  
 keit.) Nach der entgegengelegten Rede des andern  
 sagte er: „Der Kerl hat auch Recht.“ (Große  
 Heiterkeit.) Je mehr der Finanzminister die  
 Meinung bekundet, sich unkontrollierbare Dis-  
 positionsfonds zu schaffen, um so mehr müssen  
 wir uns hüten, uns für die Zukunft die Hände  
 zu binden.

§ 3 wird hierauf in der Kommissionsfassung  
 angenommen.

§§ 4 und 5 werden gemäß dem Kommissions-  
 antrage getilgt (in Konsequenz der Streichung  
 des Ausgleichsfonds).

Der Schlussparagraph 6 bleibt unverändert.  
 Damit ist das Gesetz in zweiter Lesung  
 erledigt.

Debattelos wird dann noch die Resolution  
 der Kommission betreffend Scheidung der Eisen-  
 bahnen von den allgemeinen Staatsfinanzen gegen  
 Zentrum und Freikümmigen angenommen.

In zweiter Beratung wird dann noch nach  
 kurzer Debatte die Novelle zum Fortbildungs-  
 schuldengesetz für Westpreußen und Posen un-  
 verändert angenommen, nachdem Anträge des Zen-  
 trums und der Polen auf Befreiung des Sonntags-  
 schuldensatzes und Ermäßigung der Strafen  
 abgelehnt worden sind.

Schließlich werden einige Rechnungssachen  
 erledigt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr.

Tagesordnung: Lehrerbesoldungsgesetz (§ 3.  
 Lesung).

Schluss 4 Uhr.

### Deutschland.

22. Berlin, 14. Januar. Die Berufung  
 des Grafen Murawjew zur Leitung der aus-  
 wärtigen Politik Russlands hat, soweit sich er-  
 kennen lässt, in Europa überall den besten Ein-  
 druck gemacht. Ist es auch noch nicht eben  
 lange, seitdem Kaiser Nikolaus II. den Thron  
 seiner Väter bestiegen, so hat die Welt doch  
 schon hinreichende Beweise dafür erhalten, dass  
 der junge Herrscher gewissenhaft an den Regie-  
 rungsgrundsätzen seines Vorgängers festhält und  
 dass sein Sinn nicht auf eine Politik der Kriegs-  
 abenteuer gestellt ist. Der Tod des Fürsten  
 Lobanow konnte daher, so bedauerlich das Hin-  
 scheiden dieses schon von Alexander III. mit be-  
 sonderem Vertrauen beehrten und nicht minder  
 von der Gunst des jetzigen russischen Herrschers  
 getragenen russischen Staatsmannes für alle,  
 welche ihr Verfall in geschäftliche Verbindung mit  
 dem auswärtigen Ressort in St. Petersburg  
 brachte, ohne Zweifel war, doch nur persönliche,  
 aber keine prinzipielle Tragweite in sich schließen.  
 Russlands auswärtige Politik bleibt während der  
 interimistischen Wahrnehmung durch den Adlatus  
 Lobanow, Graf M. Schischkin, was sie vor-  
 dem gewesen, und nichts deutet darauf hin, dass  
 mit der Berufung des Grafen Murawjew ein  
 anderer Geist in das Ressort der auswärtigen  
 Angelegenheiten des Reiches seinen Einzug  
 halten werde. Wenn von den Befürwortern an  
 der Seine die Erinnerung des Grafen von des-

willen besonders wohlgefällig kommentiert wird,  
 weil derselbe mehrfach Proben seiner Franzosen-  
 freundschaft gegeben habe, so können wir unsern  
 weltlichen Nachbarn ihr Vergnügen von ganzem  
 Herzen. Ihr Betreiben, allen Dingen eine der  
 französischen Eigenliebe schmeichehafte Seite ab-  
 zugewinnen, würde zu dem gleichen Resultate  
 wie beim Grafen Murawjew, auch bei jedem  
 anderen, etwa von Kaiser Nikolaus zu dem  
 Posten des Verwehrs der ausländischen An-  
 gelegenheiten berufenen Diplomaten gelangt sein.  
 Was über die persönliche Vergangenheit des  
 Grafen verläutet, trägt nur dazu bei, die von  
 Kaiser Nikolaus getroffene Wahl als eine äußerst  
 glückliche erscheinen zu lassen. Eine objektive,  
 sachliche Würdigung der Maßregel wird im Vor-  
 hinein darauf verzichten, die Berufung des  
 Grafen Murawjew zum Ausgangspunkt von  
 Spekulationen des politischen Eigennutzes zu  
 nehmen bzw. sich in die Unterstellung zu ver-  
 setzen, als könne der neue Leiter des Peters-  
 burger auswärtigen Ressorts anderen Anlässen  
 einen Einfluss auf seine Führung der Geschäfte  
 gestatten als der Willensmeinung seines kaiser-  
 lichen Herrn. Von dem Vertrauen des Herrschers  
 zu seinem verantwortungsvollen Posten be-  
 zuziehen, kann und wird Graf Murawjew keine  
 andere Politik treiben, als eine russische Politik  
 sans phrase, und das ist durchaus keine Ver-  
 spottung, an welcher Europa irgend welchen An-  
 stoß nehmen könnte, nachdem es oft genug Ge-  
 legenheit gehabt hat, sich von der friedlichen  
 Grundtendenz der russischen Politik, zumal seit  
 dem ersten Auftreten der gegenwärtigen Orient-  
 schwierigkeiten, zu überzeugen. Die Annahme  
 erscheint daher wohl begründet, dass es dem  
 Grafen Murawjew ein Leichtes sein wird, in  
 seiner neuen Stellung die Pflege der trefflichen  
 Beziehungen, welche das Petersburger Kabinett  
 mit den politischen Mittelpunkten Zentral- und  
 Westeuropas verbindet, in gebührender Weise  
 fortzuführen. In dieser Annahme begegnen sich  
 die Hoffnungen aller christlichen Freunde des  
 europäischen Friedens, welche Verständnis für  
 den Werth der Dienste haben, den die russische  
 Politik der Friedenssache in den letzten Jahren  
 bereits geleistet hat und in Zukunft noch zu  
 leisten vermag.

23. In Privatbriefen aus Tanger wird selb-  
 ständige Beschwerde über das geistliche Treiben der  
 dortigen spanischen Bevölkerungselemente geführt.  
 Der Zuzug dieser Elemente stammt aus einer  
 Zeit, wo man in Madrid den spanischen Inter-  
 essen auf marokkanischem Boden zu dien. n. meinte,  
 indem man alles mögliche Gesindel, das man in  
 Spanien vagabundierend aufgriff, nach Tanger  
 schickte. Dort fuhr diese Gesellschaft in ihrem  
 gewohnten verbrecherischen Lebenswandel fort  
 und ist, da die marokkan











**Briefe**  
an Seine Heiligkeit den  
Papst  
von **R. Grassmann**  
find in Buchform erschienen und  
zum Preise von 50 Pf. zu be-  
ziehen durch  
**R. Grassmann's Verlag**  
in Stettin.  
Nach auswärts werden die  
Briefe nur gegen Vorausbezah-  
lung von 50 Pf. franco zugesandt.

**Familien-Anzeigen und anderen Zeitungen.**  
Geboren: Ein Sohn: Herrn Heumann (Chemnitz).  
Verlobt: Frä. Ida Behrendt mit Herrn Heinrich  
Wobrig (Hofstadt).  
Gestorben: Frä. Antonie Michaelis (Straßburg).  
Frau Mathilde Wienandt geb. Felsch (Rabes). Frau  
Sophie Böde geb. Beng (Stettin). Herr Georg Groß  
(Stettin). Herr Wilhelm Gade (Dennin). Herr Paul  
Mundt (Belgarb). Herr Friedrich Nade (Brenslau).

**Evangelischer Arbeiter-Verein.**  
Sonntag, den 17. Januar, Nachmittags von 4 Uhr  
ab, im Lokale des Herrn Engelke (Köhler's  
Bereinshaus) in Grabow: Musikalisch-dramatische  
Unterhaltung, Lichtbilder etc. — Eingeführten Gästen  
ist der Zutritt gestattet.

**Stettiner Musik-Verein.**  
Freitag, den 15. Januar, Abends 7 1/2 Uhr,  
im Concertsaal:

### III. Symphonie-Concert.

Solisten: Herr Bassist **Sapellnikoff**.  
Herrn Bassist **Schauseil**.  
Dirigent: Herr Musikdirector **Offeney**.  
1. Pathetische Symphonie — Tschaikowsky (neu).  
2. Frie mit obligater Violine — Mozart.  
3. Clavier-Concert g-dur — Beethoven.  
4. Rieder von Tschi und Waffner.  
5. Berceuse — Chopin, Gavotte — Sapellnikoff.  
6. Rieder von Brahms, Gildach, Löwe.  
Karten zu 8, 2 und 1,50 Mk bei Herrn **Simon**.

**General-Versammlung.**  
(Vor Eintritt sind die  
Quittungsbücher, welche bis  
Ende Decbr. v. J. abge-  
geben sein müssen, vorzulegen, sonst ist der Zutritt  
nicht gestattet.)  
**Tages-Ordnung:**  
a) Geschäfts- und Kassenbericht, sowie Entlastungs-  
ertheilung.  
b) Wahl des Vorstandes, der Kassenrevisoren und  
eines Bibliothekars.  
c) Beschlußfassung über Anträge des Vorstandes  
und sonstiger Mitglieder, insbesondere über Sta-  
tutenänderung §§ 4 und 6.  
Der Vorstand:  
NB. 1. Die noch vorhandenen Pässe und Verbands-  
karten sind bis Sonntag Mittag aus dem  
Bereinsbureau abzugeben.  
2. Die Feier des Geburtstages Sr. Majestät  
des Kaisers findet am 26. (nicht 31.)  
d. M. statt.

**Stettiner Handwerker-Ressource.**  
Sonntag, den 17. cr., Abends 7 Uhr, in der  
Philharmonie:  
**Instrumental-Concert,**  
gegeben von den Solisten der Kapelle des Artillerie-  
Regts. Nr. 2.  
Nachdem: **Tanz.**

**Gründlichen Klavier-Unterricht**  
ertheilt  
**Frau Anna Husmann**  
geb. Mayer,  
empfohlen durch Herrn Prof. Dr. Lorenz.  
Aufnahme neuer Schüler täglich in meiner Wohnung  
**Birkenallee 27, 2 Tr.**

**I. Feige'sche Sterbekassen-  
Gesellschaft zu Stettin.**  
(Gegründet 1784.)  
Sonntag, den 31. d. M., Nachm. 3 Uhr, Breite-  
straße 16 (Gästler-Restaurant):  
**Ordentl. General-Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
1. Bericht des Vorstandes über die Lage der Ge-  
sellschaft.  
2. Rechnungslegung des Mandanten.  
3. Ertheilung der Entlastung.  
4. Wahl von Gesellschaftsbeamten und des Kollektors.  
Der Vorstand.

**II. und III.  
Feige'sche Sterbe-Kasse.**  
Gegründet 1784.  
Die General-Versammlung der 2. u. 3. Feige'schen  
Sterbe-Kasse findet am  
Freitag, den 29. Januar cr., Abends 8 Uhr,  
im Restaurant **Hoppe**, Breitestr. 7, statt, wozu die  
Mitglieder eingeladen werden.  
**Tages-Ordnung:**  
1. Bericht über die Verwaltung über die Lage der  
Gesellschaft und ihr Vermögen.  
2. Rechnungslegung.  
3. Prüfung der geleigten Rechnung und Ertheilung  
der Decharge für die Verwaltung und den Kurator  
der Kapitalien.  
4. Beschlußfassung über die, den Verwaltungs-Mit-  
gliedern laut § 42 des Nachtragsstatuts zu be-  
stimmende Remuneration pro 1896.  
5. Antrag der Verwaltung um fernere Bewilligung  
der dem Mandanten und Collectoren bisher ge-  
währten Remuneration pro 1897.  
6. Mittheilung über die Dividenden-Angelegenheiten.  
7. Wahl der Rechnungs-Revisoren.  
Stettin, den 15. Januar 1897.

**Die Verwaltung  
der 2. und 3. Feige'schen Sterbe-Kasse.**  
**Reichardt, Berger, Klinkow.**

**Polytechnische Gesellschaft.**  
Freitag, den 15. Januar, Abends 8 Uhr:  
Kleinere Mittheilungen.  
Herr Dr. W. Delbrück: Die Mammuth-  
pumpe.

**Stettiner  
Jalousie-Fabrik**  
Telephon Nr. 766.  
Jalousien mit Gurten u. Ketten.  
Patent: 1. Innen Gurte, außen Kette.  
2. Innen und außen Ketten.  
**Hermann Fiedfeldt,**  
Stettin.  
Comtoir u. Fabrik: Grabowstraße 22.  
Reparaturen werden prompt mit Verrechnung  
billigster Preise sauber und gut ausgeführt.  
Reparaturen an Jalousien, außen Kette  
innen Gurte, von 5 M. an.  
Stellenfuchende jeden Berufs pla-  
ziert schnell **Reuter's Bureau**, Dresden,  
Reichenstraße.

**SOENNECKEN'S**  
Nr 1 ist der einfachste, billigste und handlichste Briefordner  
  
Preis: 1 Stück M 1.25 • Locher dazu Nr 238: M 1.50 • Nr 237: M 3.—  
Überall vorrätig, wo nicht, liefern wir direkt • F. SOENNECKEN'S VERLAG • BONN • BERLIN • LEIPZIG  
**BRIEFORDNER**

**„Die Seide ist verbrannt!“**  
sagen die Damen, wenn die betreffenden farbigen Kleidungsstücke sehr oft nach nur 2—3maligem Tragen Risse etc.  
in den Falten bekommen; das ist aber kein zufälliges „Verbrennen“ der Rohseide! sondern dieselbe wird ab-  
sichtlich mit metallischem Schund überladen, der den Nerv des Rohseidenfadens zerfrisst: man nennt ein  
solches Färbemittel: „Chargiren“ — je mehr die Seide chargirt werden soll, durch desto mehr **Chlor-Zink-  
Bäder** muss sie gezogen werden, um dieses Gift recht innig **aufsaugen** zu können. Die gefärbte Seide —  
**das edelste Gespinnst!** — hat also den **Todeskeim** schon in sich, ehe sie auf den Webstuhl kommt!!  
— Die daraus gefertigten sogenannten Seidenstoffe (die oft zur Hälfte aus zerfressener Seide, zur anderen Hälfte aus  
Chlor-Zink bestehen, was man am fertigen Stoff nicht sehen kann!) **müssen** nach kurzem Gebrauch wie Zunder  
reissen, je nachdem die Seide mehr oder weniger chargirt worden ist.  
Und warum wird diese **unverzeihliche Sünde** begangen? — Um den Konkurrenten immer und  
immer wieder wegen einiger Pfennige per Meter „zu schlagen“, muss fortgesetzt mehr und mehr chargirt werden!  
— **Das Publikum aber zahlt „die Zeche“!** Auch der „Macherlohn“ ist gänzlich verloren! — Hier  
ist das einzige Mittel: **„die Selbsthilfe“!** Jede Dame lasse sich von ihrem Seidengeschäft in Zukunft aus-  
drücklich auf der Rechnung bemerken:  
**dass, wenn der gekaufte Stoff nach kurzem Gebrauch Risse etc. in den  
Falten zeige, oder wie Zunder reisse, ihr anstandslos sofort neuer Seiden-  
stoff gratis vergütet werde!**  
Das ist eine gesetzlich erlaubte Selbsthilfe; jedes anständige Seidengeschäft wird sie gern anerkennen und  
diese Bedingung erfüllen.  
**Zürich.**  
**G. Henneberg**  
Seiden-Fabrikant  
Königl. und Kaiserl. Hofliefer.

**Meine Bäckerei** ist zu Michaeli 1897 miethefrei.  
**F. Marquardt,**  
Greifenberg i. Pom., Regastr. 261.  
Gebundene noch gut erhaltene frühere  
Jahrgänge der „Gartenlaube“, „Ueber Land  
u. Meer“, „Hausfreund“, „Romanzeitung“  
sind billig zu verkaufen.  
Friedrich-Karlstr. 28, III links.

**Siedankenmir**  
ganz gewiss, wenn Sie nützt. Versch. über  
neuesten ärztl. Frauenkranke. Verstr. 30.  
gr., als Ver. gen. 20 S. Porto.  
**R. Oeschmann, Konstantz (Bad.), E. 4.**

**Bücher-Einkauf.**  
grössere Werke, Meyer,  
**Bibliotheken, Brockhaus, Brehm**  
etc. kauft Export-Buchhandlung  
Berlin, Potsdamerstr. 31. Für  
Zuweisungen hohe Provision.

**Gummi-Artikel**  
bester Qualität versendet die Gummiwaren-Fabrik  
**Leopold Schüssler**, Berlin SW., Anhaltstr. 5 A.  
Preisliste gratis und franko.

**ASTHMA und KATARH**  
bekämpft durch die CIGARETTEN **ESPIC**.  
Beklemmung, Husten, Schnupfen, Nervenleiden.  
In allen Apotheken u. in 2 die Schachtel.  
Es gibt Versamml. 20, Rue St-Lazare, PARIS.  
Man verlange die nebenstehende Unterschrift auf jeder Cigarette.

**Gebrauchte  
Feldbahn,**  
1000 Meter transportables Gleis, 8 Stück Transport-  
wagen, 2 Weichen, bei Stralund lagernd, billig abzu-  
geben; auf Wunsch auch mietheweise.  
Gef. Anfragen sub Chiffre **Z. H. 902** an  
**Hansenstein & Vogler, A.-G., Ber-  
lin SW. 19.**

**Feinste Harz-Käse,**  
äußerst fein, fett und pikant, 100 Stück franco 3,50  
Mark verendet gegen Nachnahme  
**Carl Rienecker, Stiege im Park.**

**Stettiner  
Jalousie-Fabrik**  
Telephon Nr. 766.  
Jalousien mit Gurten u. Ketten.  
Patent: 1. Innen Gurte, außen Kette.  
2. Innen und außen Ketten.  
**Hermann Fiedfeldt,**  
Stettin.

**Comtoir u. Fabrik: Grabowstraße 22.**  
Reparaturen werden prompt mit Verrechnung  
billigster Preise sauber und gut ausgeführt.  
Reparaturen an Jalousien, außen Kette  
innen Gurte, von 5 M. an.  
Stellenfuchende jeden Berufs pla-  
ziert schnell **Reuter's Bureau**, Dresden,  
Reichenstraße.

**„Nordstern“**  
Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesell-  
schaft zu Berlin.  
Für die Kreise **Neustettin, Bublitz, Schlawa, Rummelsburg,  
Stolp, Lauenburg und Bütow** beabsichtigen wir eine besondere General-Agentur zu  
errichten und erlauch. tautionsfähige und energische, mit den Verhältnissen dieses Bezirkes ver-  
traute Bewerber um ihren Lebenslauf unter Angabe von Referenzen und Ansprüchen einzureichen.  
Berlin, den 8. Januar 1897.  
**„Nordstern“**  
Lebens-Versicherungs-Aktion-Gesellschaft zu Berlin W. 8, Kaiserhofstr. 3.  
Die Direktion.

**Spalding**  
Feldisenbahnfabrik  
Jnh. M. KRÜGER  
BERLIN N.O. Greifswalderstr. 213.  
MAN VERLANGE PROSPECT!

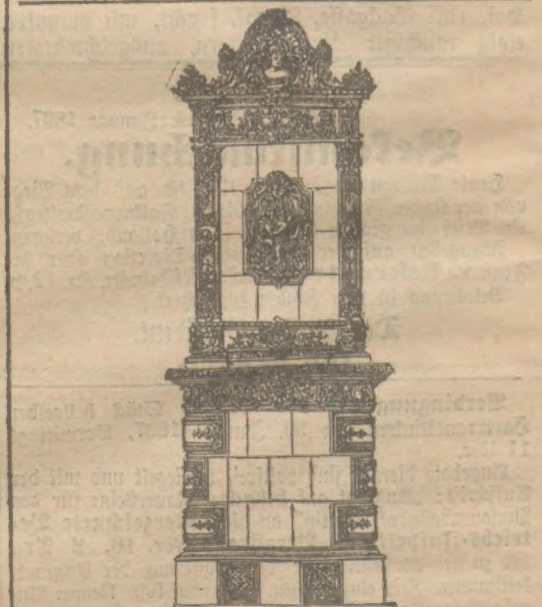
**Photographie-Albums  
mit Musik,  
Dedikationsalbums,  
Prachtalbums**  
in Leder und Blusch empfiehlt in reichster Aus-  
wahl zu 10 bis 80 Mark per Stück  
**R. Grassmann,**  
Kohlmarkt 10. Kirchplatz 4.  
Die Verlegung meines Geschäfts nach meinem Hause  
**Frauenstraße Nr. 30**  
gehalte ich mir hiermit ganz ergebenst anzuzeigen.  
**Heinrich Ludwig Voigt,**  
vormals v. Domarus & Bork,  
Kaffee-Rösterei und Colonialwaaren.

**Mietkontrakte, Mieths-  
bücher, Gefinde-Dienstbücher,  
Frühstückspapier 100 Bog.  
Rechnungen und Wechsel-  
Formulare, Contobücher**  
empfiehlt  
**R. Grassmann,**  
Kohlmarkt 10.

**Solange  
der Vorrath reicht**  
offertre ich  
**Echte Ost-Asiatische  
Nipon-Teppiche,**

handgeknüpft, herrliche verliche Farben und Muster,  
als Betts, Clavier, Schreibstühle, Wandteppiche  
passend, elegant.  
ca. 80/150, Mk. 10,20 franko  
Verpackung bei Voreinsendung des Betrages. Nachnahme  
10,50 Mk.

**Stambul-Bazar,**  
**C. Neumann,**  
Berlin W.,  
II. 122, Leipzigerstraße 122. II.



**Ofenfabrik Victoria**  
bei Fürstentum (Spre)  
offert  
**Ofen: weiß von 40—46 Mt.  
„ „ „ 36—42 Mt.**  
Höherer Staatsbeamter in d. t. zum 1. April

**Wohnung**  
von 4—5 Zim. n. Zubehör, möglichst Erdgeschoss oder  
erstes Stockwerk mit Garten, frei gelegen. Angebote n.  
Preis unter **W. 875** an **Hansenstein &  
Vogler, A.-G., Stettin.**

**In der Nähe des Krautmarktes**  
sucht ein jung. Mann per 1. Febr. ein gut  
möbl. Zimmer eventl. mit voller Pension.  
Gefl. Off. postl. **Kolberg** sub **A. K. S.**

**Kaufmännische Vacanzen-Blätter**  
Hannover 46  
erscheinen täglich mit 100 Stellen aller Branchen.  
1 Nr. 60 S., 6 Nr. 1,70 Mk. Zahlung voraus.  
Für j. Dame w. j. weiteren Ausbildung  
im Haushalte in Pommer. Stelle gesucht.  
Offerten: **L. E. 100** hauptpostlagernd  
Dortmund.

**Centralhallen-Theater.**  
Heute Freitag  
**legtes  
Auftreten**  
des heigen  
**Künstler-Ensembles.**  
Vons gültig. Anfang 8 Uhr.  
Morgen Sonntag:  
**Neues Programm.**

**Stadt-Theater.**  
Freitag, den 15. Januar 1897:  
109. Abonnements-Vorstellung. Serie I, roth.  
Neu! **Liebele!** Neu!

Schauspiel in 3 Akten von Arthur Schnitzler.  
Herauf: **Waldeinsamkeit.** Ballet in 1 Akt.  
Sonabend, den 16. Januar 1897:  
110. Abonnements-Vorstellung. Serie II, weiß.  
Volksheimliche Vorstellung. Bei kleinen Breiten.  
(Barquet 1 Mk. 20.)  
**Egmont.**  
Trauerspiel in 5 Akten von W. v. Goethe.

**Bellevue-Theater.**  
Freitag: **König Heinrich.**  
Vons gültig. Zum letzten Male:  
Sonabend: **Rothkäppchen.**  
Nachmittags: Auf ganz besonder. Wunsch.  
Abends: **Lehmann auf der Weisau.**  
Kleine Preise. stellung in Chicago.  
Sonntag, Nachmittags: **Der Pumpmajor**  
Abends: (Vons ungültig.) **König Heinrich.**

**Concordia-Theater.**  
I. Variété-Bühne Stettin's.  
Direktion: **A. Schirmeisters Ww.**  
Freitag, d. 15. Jan.: Gr. Spezialitäten-Vorstell. Groß-  
artiger Beifall der neu engag. **Dallacher-Troupe.** Eile-  
ritobaten, 7 Berl. Morg. Sonab.: Extra-Imm. Vorstell.  
Nachs. Vereins-Tanzfränschen. Vorl. Anzeige. Montag,  
d. 18. Jan.: 2. Großer Maschenball, verbunden mit  
Maschen-Umzug und verschiedenen Ueberräuschungen.

**Hypotheken-Kapitalien**  
zur 1. und 11. Stelle auf Güter bis 2/3 gerichtet.  
Tare, zur 1. Stelle bis 60 % auf städtische und  
industrielle Grundstücke, auch nach Bausparien, ebenso  
Wandelbar offerire bei 3 1/2 — 4 1/2 % Zinsen zur 1. Stelle.  
4 1/2 % zur 11. Stelle.  
**Bernhard Karsch,**  
Bankgeschäft,  
Stettin, Bismarckstraße 23.